

Interview

17.02.2022

Christoph Heinemann im Gespräch mit Rolf Mützenich, SPD-Fraktionsvorsitzender

Christoph Heinemann LIVE/TELEFON
Ukraine-Diplomatie nach Scholz-Putin-Treffen
Interview mit Rolf Mützenich, SPD

"Informationen am Morgen", 17.2.2022, 7:15 Uhr

Christoph Heinemann: Am Telefon ist Rolf Mützenich, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wahlkreis Köln. Guten Morgen.

Rolf Mützenich: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Mützenich, knüpfen wir da an. Mündliche Zusagen sind verbindlich, sagt die russische Seite. Der schriftliche, wie das gerade formuliert wurde, Glaubensakt des Budapester Memorandums gilt nicht mehr. Welche Grundlagen für Verhandlungen bestehen überhaupt noch?

Mützenich: Wir müssen immer wieder neue Grundlagen finden und deswegen ist ja auch der Bundeskanzler nach Moskau, aber auch nach Kiew gereist, auch der französische Staatspräsident. Und in der Tat: Man muss sich über historische Folgen heute unterhalten, die möglicherweise in der Vergangenheit hätten anders entschieden werden können. Aber am Ende ist klar, wir müssen jetzt eine Situation schaffen, in der es nicht weiter zu einer Kriegsdynamik oder sogar zu einem Krieg kommt.

Heinemann: Was hätte anders entschieden werden können?

Mützenich: Ich glaube schon, dass das, was auch in dem Podcast, in dem Beitrag herausgeklungen ist, zumindest ernstgenommen hätte werden müssen - die Sicherheitsbedenken, die Russland auch gegenüber der NATO glaubt, haben zu müssen. Ich teile das nicht, aber ich kann zumindest lesen, dass die NATO für Russland einer der Hauptgegner letztlich ist, und wir müssen uns auch immer wieder vorstellen, wir haben eine große strategische Tiefe. 70 Prozent, meines Wissens, der Streitkräfte befinden sich zurzeit an der ukrainischen Grenze, aber nun mal nicht mehr in anderen Gebieten, und das ist auch eine Sicherheitsherausforderung, die Russland jetzt selbst gewählt hat, aber die wir auch zumindest immer wieder mit bedenken müssen.

Heinemann: Hat der Westen sein Wort gebrochen?

Mützenich: Ich glaube, einzelne westliche Regierungschefs damals haben falsch gehandelt. Insbesondere laste ich George W. Bush die Intervention im Irak an und ich bin froh, dass Gerhard Schröder dem damals widerstanden hat, auch mit den Grünen damals, mit Joschka Fischer, aber insbesondere die Kündigung von Rüstungskontrollverträgen. Gerade die Raketabwehr hat ein Momentum in die internationale Politik von großer Breite einer Krise auch gebracht, die wir heute ausbaden müssen.

Heinemann: Schauen wir uns die russischen Forderungen an. Keine NATO-Erweiterung, keine weitere militärtechnische Aufrüstung durch die NATO in russischer Nachbarschaft, Rückzug der militärisch-technischen Infrastruktur der NATO auf den Stand von 1997, als die Russland-NATO-Grundakte unterzeichnet wurde. Herr Mützenich, was ist verhandelbar?

Mützenich: Zuerst mal muss alles auf den Tisch, was verschiedene Seiten meinen, über was gesprochen werden muss, und wir müssen dann auch ernsthaft darüber reden. Am Ende wird das

nicht das Ergebnis sein können. Aber ich finde, was ein bisschen zurzeit außen vor gelassen wird: Auch bevor wieder dieser Truppenaufmarsch massiv stattgefunden hat, hat Präsident Putin erneut ein Moratorium bei der Stationierung von Nuklearwaffen und möglicherweise auch anderen Waffen angedeutet. Ich finde, wir sollten durchaus erörtern, auch im westlichen Bündnis, ob wir bei diesem Moratorium mitgehen können für einen gewissen Zeitraum, und was unbedingt wieder stattfinden muss, sind die verabredeten Gespräche über atomare Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen Russland und den USA. Die liegen zurzeit wegen der Situation auf Eis, aber auch der Osten der Ukraine – das macht mir sehr große Sorgen, was dort passiert.

Heinemann: Wenn Sie sich noch mal die russischen Forderungen anschauen, was ist nicht verhandelbar?

Mützenich: Die Bündnisfreiheit ist mit Sicherheit ein ganz wichtiger, auch völkerrechtlicher Aspekt. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch deutlich machen, Bündnisse müssen darüber entscheiden, ob die Aufnahme weiterer Mitglieder die Sicherheit nicht bedrohen könnte. Deswegen ist es richtig, was Olaf Scholz gesagt hat, sowohl in Kiew, aber letztlich auch in Moskau, dass wahrscheinlich, solange er die Regierung anführt – und ich möchte, dass das lange ist -, sich diese Frage nicht auf der Tagesordnung befindet. Dennoch müssen wir dann aber auch der Ukraine völkerrechtliche Sicherheitsverträge geben, dass sie unantastbar ist, also mehr, als das Budapester Memorandum, was eben erwähnt worden ist, hergegeben hat.

Heinemann: Stichwort Sicherheitsverträge. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, hat am vergangenen Sonntag bei uns im „Interview der Woche“ seine Hoffnung beschrieben, dass Deutschland den Wunsch nach einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine unterstützen möge. – EU-, nicht NATO-Mitgliedschaft. Wäre das ein möglicher Kompromiss, NATO-Mitgliedschaft nein, dafür Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union?

Mützenich: Wir müssen alle Kompromisse jetzt erst mal prüfen. Wir müssen aber auch konstatieren, dass das, was die Europäische Union gemacht hat, dass die Ukraine sich entweder zwischen Moskau und auf der anderen Seite Brüssel entscheiden soll, auch zur Konfliktverschärfung beigetragen hat. Es gibt andere Stufen auch der Assoziierung und Zusammenarbeit. Aber ich muss jetzt mal hier sagen: Was der ukrainische Botschafter in den letzten Tagen in der innenpolitischen Diskussion veranstaltet hat, das ist eine große Belastung. Er soll sein Land vertreten. Aber dass er zum Beispiel gegenüber einem gewählten Bundeskanzler Ultimaten gesetzt hat, das ist nicht nur eine Belastung, sondern ich finde das ungehörig und er sollte sich auch mäßigen in seinen Worten.

Heinemann: Inwiefern hat er Ultimaten gesetzt? Wenn ich das richtig verstanden habe, dann hat er gesagt, der Bundeskanzler solle ein Ultimatum setzen, und zwar der russischen Seite.

Mützenich: Ja, natürlich! Und ich finde, einem Botschafter steht nicht zu, einem Regierungschef hier in Deutschland Vorschriften zu machen, was er bei den Gesprächen mit dem russischen Präsidenten in Moskau zu erörtern hat.

Heinemann: Er kann doch seine Erwartungen äußern.

Mützenich: Er kann seine Erwartungen aber nicht als offizielle Linie der ukrainischen Regierung beschreiben. Zumindest ist mir nicht bei dem Gespräch zwischen Selenskij und dem deutschen Bundeskanzler in Erinnerung geblieben, dass genau das auch auf den Tisch gebracht worden ist, und ich finde, das ist etwas, wo aus meiner Sicht auch der Botschafter sich etwas mäßigen sollte, auch in seinem Ton.

Heinemann: Herr Mützenich, NATO und US-Regierung gehen davon aus, dass Russland die Militärpräsenz an der Grenze oder an den Grenzen ausbaut. Was folgt daraus?

Mützenich: Es folgt daraus, dass wir weiterhin alle diplomatischen Bemühungen unterstützen müssen. Ich bedauere, dass es wahrscheinlich jetzt erst mal in den nächsten Tagen nicht zu weiteren Besuchen kommt. Wir dürfen den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen. Ich sehe das auch, dass es immer noch zu viele Truppen und zu wenig Vernunft auf vielen Seiten gibt, aber wo wir uns vielleicht auch jetzt darauf konzentrieren müssen, ist auf die Antwort Moskaus, die ich in den nächsten Tagen erwarte auf die Vorschläge der NATO, und dann müssen wir uns insbesondere um die Situation im Osten der Ukraine kümmern. Es muss eine Möglichkeit geben, dass das Internationale Rote Kreuz Zugang zu Gefangenen im Osten der Ukraine hat. Wir brauchen einen Gefangenenaustausch. Wir

brauchen aber Gesetzesvorlagen, die möglicherweise dann auch das ukrainische Parlament erreichen, um das zu erfüllen, was auch im Minsker Abkommen vereinbart worden ist.

Heinemann: Herr Mützenich, CDU-Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz hat den Kanzler wegen seiner Haltung in Moskau gelobt und er hat klargemacht, dass die Union die Regierung in der Außenpolitik unterstützen wird. Sollte die Regierung, sollte vielleicht auch der SPD-Fraktionschef heute Früh einmal sagen, danke, Friedrich?

Mützenich: Ich habe sofort den Kontakt zu dem neuen Fraktionsvorsitzenden der Union aufgenommen. Wir haben ganz verschiedene Gespräche, die wir auch in Zukunft insbesondere über die Frage der allgemeinen Impfpflicht führen müssen. Und dass eine Oppositionspartei die Regierung – das hat die SPD auch in der Vergangenheit, wenn wir in der Opposition waren – in außenpolitischen Fragen unterstützt, das ist in einer parlamentarischen Demokratie und auch im Westen eine Selbstverständlichkeit, und natürlich kann ich mich dafür bedanken.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.